FREIBERUFLER-TICKER vom 21. November 2025

1. Freie Berufe wachsen

Die Zahl der selbstständigen Freiberuflerinnen und Freiberufler liegt zum 1. Januar 2025 bei 1,492 Millionen und wächst damit leicht. Das zeigt die jährliche Erhebung des Instituts für Freie Berufe für den BFB. Der Anteil der Freien Berufe an allen Selbstständigen steigt von 39 auf 40,3 Prozent. Auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im freiberuflichen Bereich nimmt weiter zu und erreicht 4,339 Millionen. Insgesamt arbeiten damit 6.280.600 Menschen bei den Freien Berufen oder sind selbst selbstständige Freiberuflerin oder selbstständiger Freiberufler. Korrespondierende Grafiken stehen hier beginnend mit „Zahlenmäßige Struktur der Freien Berufe“. Aktualisierten Informationsmaterialien stehen hier und hier.

2. KI-Nutzung könnte Wirtschaftswachstum steigern und Arbeitsmarkt deutlich verändern

Der verstärkte Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) könnte das Wirtschaftswachstum in Deutschland in den kommenden 15 Jahren erheblich steigern. Das zeigt die am 19. November 2025 veröffentlichte gemeinsame KI-Szenario-Analyse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, des Bundesinstituts für Berufsbildung und der Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung. Unter den getroffenen Annahmen würde das Bruttoinlandsprodukt im Schnitt um 0,8 Prozentpunkte pro Jahr stärker wachsen. Insgesamt ergibt sich daraus ein kumulierter Wertschöpfungszuwachs von rund 4,5 Billionen Euro. Das zusätzliche Wachstum würde vor allem durch höhere Arbeitsproduktivität, Materialeinsparungen und neue Geschäftsfelder entstehen, die durch KI ermöglicht werden. Dabei zeichnen sich Umbrüche am Arbeitsmarkt ab. So würden durch KI etwa 1,6 Millionen Stellen in den nächsten 15 Jahren entweder wegfallen oder neu entstehen, was auf deutliche Verschiebungen in einzelnen Wirtschaftsbereichen hinweist. Die Gesamtzahl der Arbeitsplätze bliebe gegenüber dem aktuellen Entwicklungspfad weitgehend stabil. Besonders profitieren würden im KI-Szenario IT- und Informationsdienstleister, bei denen der Arbeitskräftebedarf im Vergleich zum aktuellen Entwicklungspfad um rund 110.000 Personen steigen dürfte. Dagegen wäre der Bedarf in Bereichen wie Unternehmensdienstleistungen negativ betroffen, wo etwa 120.000 Arbeitsplätze entfallen könnten.

3. Ost-West-Lohnunterschied

Seit 2012 ist der Ost-West-Lohnunterschied deutlich gesunken, da die Löhne in Ostdeutschland kräftiger stiegen als im Westen. Lag die Ost-West-Lohnlücke 2012 noch bei 26 Prozent, sank sie bis 2024 auf 14 Prozent. In den neuen Bundesländern verdienten sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte 2024 im Mittel 3.539 Euro monatlich und damit 578 Euro weniger als Beschäftigte im Westen mit 4.117 Euro. Das zeigt eine am 18. November 2025 veröffentlichte Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

4. Stellenverlagerung ins Ausland

Zwischen 2021 und 2023 verlagerten rund 1.300 Unternehmen ab einer Größe von 50 tätigen Personen teilweise oder vollständig Unternehmensfunktionen von Deutschland ins Ausland. Wie das Statistische Bundesamt am 19. November 2025 mitteilte, waren das 2,2 Prozent aller 2023 in Deutschland ansässigen Unternehmen dieser Größe. Durch die Verlagerungen wurden nach Angaben der Unternehmen 71.100 Stellen in Deutschland abgebaut, aber auch 20.300 Stellen neu geschaffen, etwa infolge von Umschichtungen in andere Unternehmensfunktionen oder Neueinstellungen infolge von erzielten Kosteneinsparungen. Somit gingen von 2021 bis 2023

durch die Verlagerung von Unternehmensfunktionen ins Ausland netto rund 50.800 Stellen in Deutschland verloren.

5. Gesundheitsausgaben im EU-Vergleich

2023 gab die Europäische Union (EU) 1.720 Milliarden Euro für Gesundheitsausgaben aus, was zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der EU entsprach. Deutschland verzeichnete unter den EU-Ländern mit 492 Milliarden Euro die höchsten laufenden Gesundheitsausgaben, gefolgt von Frankreich (325 Milliarden Euro), Italien (179 Milliarden Euro) und Spanien (138 Milliarden Euro). Im Verhältnis zum BIP wies Deutschland ebenfalls den höchsten Anteil auf, da die laufenden Gesundheitsausgaben 11,7 Prozent des BIP entsprachen. Weitere hohe Werte verzeichneten Frankreich (11,5 Prozent), Österreich und Schweden (jeweils 11,2 Prozent). Demgegenüber machten die laufenden Gesundheitsausgaben in vier EU-Ländern weniger als sieben Prozent des BIP aus: Luxemburg und Rumänien (je 5,7 Prozent), Ungarn (6,4 Prozent) und Irland (6,6 Prozent). Das teilte das statistische Amt der EU am 17. November 2025 mit.

6. Innovationshemmnisse in mittelständischen Unternehmen

Die KfW identifiziert laut den Ergebnissen einer am 18. November 2025 veröffentlichten Untersuchung drei zentrale Innovationshemmnisse im Mittelstand: bürokratische, finanzierungsbezogene und kompetenzbezogene Hemmnisse. Bürokratische Hürden sind am weitesten verbreitet. Finanzierungshemmnisse entstehen durch die besonderen Charakteristika dieser Vorhaben, wie hohe Kosten, Unsicherheit über den Vorhabenserfolg und fehlende Kreditsicherheiten. Kompetenzbezogene Hemmnisse betreffen vor allem Unternehmen ohne eigene Forschung und Entwicklung.